



Juli / August 2011

Liebe Leserin, Lieber Leser,

ich schicke euch meinen aktuellen Newsletter, und weil die Sommerpause naht, ist dies eine Doppelnummer für Juli und August. Viel Spaß beim Lesen!

EU-Rat beschließt neues FRONTEX-Konzept

Auf seiner Sitzung am 23. und 24. Juni beschloss der EU-Rat die geplanten neuen Kompetenzen für die Grenzschutzagentur FRONTEX. Demnach soll die Agentur künftig nicht nur Einsätze koordinieren, sondern hierbei auch eine führende Rolle einnehmen. Zudem soll FRONTEX selbst Beamte der Mitgliedstaaten anfordern und eigenständig Verträge mit Drittstaaten abschließen. Wer aber garantiert, dass die Agentur nicht mit Staaten kooperiert, in denen Flüchtlinge menschenunwürdig behandelt werden? Zudem dürfen sich FRONTEX-Beamten künftig eigenes Material, also zum Beispiel Schiffe und Flugzeuge, zulegen. Bisher mussten sie ihre Ausrüstung von den Mitgliedsstaaten leihen.

Ein kleiner Trost: Wie vom Parlament gefordert, beschloss der Rat, dass FRONTEX ein Menschenrechtsbeauftragter und ein in Menschenrechtsfragen beratendes Gremium zur Seite gestellt werden. Zudem sollen die Beamten verpflichtet werden, eine Operation abzubrechen, wenn es zu Menschenrechtsverletzungen kommt. Aber auch hier bleiben Fragen offen: Wann ist eine Menschenrechtsverletzung schwer genug, um den Einsatz zu beenden? Und wer entscheidet darüber?

Das Konzept der Grenzschutzagentur ändert sich also nicht. Statt Schutzsuchende zu unterstützen, wird die Festung Europa mit Hilfe von FRONTEX weiter ausgebaut. Dabei stellt der aktuelle UNHCR-Jahresbericht klar, dass „die Ängste vor angeblichen Massenbewegungen von Flüchtlingen in die Industrieländer massiv übertrieben sind“ und vier von fünf Flüchtlingen die Entwicklungsländer erst gar nicht verlassen.

Termine mit Barbara Lochbihler:

15. Juli, 19.00 Uhr,
"Frauen in bewaffneten Konflikten" – Diskussionsveranstaltung mit der Ethnologin Rita Schäfer und Barbara Lochbihler, moderiert von Dr. Andreas Bock, Mitarbeiter am Lehrstuhl für Friedens- und Konfliktforschung der Universität Augsburg.

**Annahof Augsburg,
Holl-Bau, Vortragsraum im 2.Stock, Im Annahof 2,
Augsburg.**

16. Juli, 17.00 Uhr,
„Die EU-Donaustrategie“ – Was bedeutet die Donaustrategie der EU? Wie kann eine kleinere Metropole wie Donauwörth davon profitieren?

**Kolping-Bildungszentrum
Donauwörth,
Adolph-Kolping-Str. 2, Donauwörth.**

Donaustrategie: Schluss mit widersprüchlichen Zielsetzungen!

Pünktlich zum Internationalen Donautag am 29. Juni billigte der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs am 24. Juni die EU-Strategie für den Donauroum. Nun beginnt also die Umsetzungsphase dieses ambitionierten Projekts, das grenzüberschreitenden Wohlstand, Mobilität und Umweltschutz zu vereinbaren versucht.

In eben dieser Vielseitigkeit liegt aber auch die Herausforderung. Weiterhin ist unklar, wie das Ziel eines gesteigerten Frachtverkehrs mit den geplanten Umweltschutzmaßnahmen vereint werden kann. Wie soll der Frachttransport bis 2020 um 20 Prozent gesteigert werden, ohne der Natur zu schaden? Welche Begradigungs- und Vertiefungsprojekte werden umgesetzt, und wie soll eine Beeinträchtigung des Donau-Ökosystems verhindert werden? Obwohl ich wiederholt nachgehakt habe, waren weder Rat noch Kommission bislang in der Lage oder gewillt, auf diese Fragen konkrete Antworten zu liefern. Gleiches gilt für meine Heimatregion Bayern: Auch hier erweist es sich als äußerst schwierig, konkrete Informationen zu den im Rahmen der Strategie geplanten Projekten zu erhalten.

Auf beiden Ebenen werde ich deshalb auch in Zukunft nicht locker lassen und versuchen, die Natur in den Vordergrund zu rücken. Außerdem werde ich mich dafür stark machen, dass in der gesamten Umsetzungsphase lokale Initiativen eingebunden werden, und der angekündigte Kampf gegen die Diskriminierung von Minderheiten, allen voran den Roma, tatsächlich konsequent angegangen wird.

Mein Flugblatt "Umwelt schonen, Wirtschaft stärken, Menschen verbinden" zur Donau-Strategie kann abgerufen werden unter:

http://www.barbara-lochbihler.de/cms/upload/PDF_2011/DG_Donaustrategie2011.pdf

18. Juli, 10.00 Uhr
„Human Rights as a Global Challenge“ –
englischer Vortrag
von Barbara
Lochbihler im
Rahmen der
“European Summer
School” für
StudentInnen der
Sozialen Arbeit.

**Alice-Salomon-
Hochschule,
Audimax im 1.Stock,
Alice-Salomon-Platz
5, Berlin.**

28. Juli, 18.30 Uhr,
"Immer weniger ich" –
Vortrag zum Thema
Essstörungen von
und Gespräch mit Dr.
Karin Lachenmeir.

**Regionalbüro
Kaufbeuren, Ludwig
Str. 38, Kaufbeuren.**



Foto: Büro Lochbihler

Newsletter:
Wenn Sie unseren monatlichen Newsletter abonnieren möchten, schicken Sie bitte eine e-mail an: wk-lochbihler@gruene-europa.de

Internationaler Strafgerichtshof braucht finanzielle Unterstützung

Der Menschenrechtsausschuss des Europäischen Parlaments beschäftigte sich am 12. Juli im Rahmen einer Anhörung mit den aktuellen Aufgaben und Herausforderungen des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC). Dabei wurde deutlich, dass mit den Überweisungen von Fällen an den ICC durch den UN-Sicherheitsrat auch die finanziellen Herausforderungen an das Gericht wachsen.

Die in Kampala/Uganda angenommene Definition des Straftatbestands des Angriffskriegs sollte so bald wie möglich von vielen Staaten ratifiziert werden, damit sie 2017 in Kraft treten kann. Die Kritik der Afrikanischen Union, der ICC würde einseitig agieren, wurde mit dem Hinweis zurückgewiesen, dass der Rückhalt für das Gericht bei afrikanischen NGOs und vielen Staaten groß sei. Die wenigen Kritiker sind vor allem in den Reihen derjenigen Mächtigen zu finden, die selbst kein Interesse am Kampf gegen Straflosigkeit haben. Die Ergebnisse der Anhörung werden in einen Bericht münden, über den im November im EP abgestimmt wird.

<http://www.icc-cpi.int>

Abwarten ist keine Option! Klimawandel und Menschenrechte

Wie bereits im letzten Rundbrief angekündigt, habe ich für die Zukunftskonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am 2. Juli 2011 in Berlin einen Text zu den Wechselwirkungen von Klimawandel und Menschenrechten erstellt, der nun auch in Form einer Broschüre bestellt oder auf meiner Internetseite heruntergeladen werden kann.

Im ersten Kapitel von "Abwarten ist keine Option!" erläutere ich, welche Menschenrechte von den bereits bestehenden und drohenden klimatischen Veränderungen beeinträchtigt werden.

Danach geht es um die Frage, welche staatlichen Pflichten schon existieren, wie es um deren Einhaltung steht und welche politischen oder juristischen Schritte in Zukunft von Bedeutung sein werden. Ein drittes Kapitel behandelt das Phänomen der Klimaflucht. Schließlich schlage ich eine ganze Reihe von Lösungsansätzen und Forderungen vor, die sich an die deutsche Regierung und an die internationale Staatengemeinschaft richten.

Eine digitale Version der Broschüre kann unter http://www.barbara-lochbihler.de/cms/upload/PDF_2011/Klima&Menschenrechte_Variante4.pdf heruntergeladen werden. Wer die Publikation gedruckt erhalten möchte, kann sich jederzeit bei meinem Büro melden. Gute Lektüre!

EU-Iran-Delegation mit Botschafter Khaji

Am 20. Juni fand die letzte EU-Iran-Delegation vor der Sommerpause statt. Es ging um die Rolle des Iran in der Region. Auf meine Einladung hin legte der iranische Botschafter in Brüssel Ali-Asghar Khaji seine Sichtweise der Umwälzungen in der arabischen Welt dar. Dabei kamen einige (mit Blick auf die eigene Vorgehensweise im Iran) interessante Aspekte zu Tage. Unter anderem begrüßte der Botschafter die geglückten Revolutionen in Tunesien und Ägypten und betonte mehrfach, wie wichtig es sei, dem Willen des Volkes stattzugeben. Die staatliche Unterdrückung von friedlichen Protesten lehnte er entschieden ab und verurteilte die Gewalt, mit der manche Regierungen gegen das eigene Volk vorgingen. Die gesamte Ansprache des Botschafters ist abrufbar unter:

<http://www.europarl.europa.eu/wps-europarlinternet/frd/vod/player?eventCode=20110620-1500-SPECIAL-UNKN&language=en&byLeftMenu=researchotherevents&category=SPECIAL&format=wmv#>



Foto: Büro Lochbihler

Besuch der iranischen Menschenrechtsanwältin Mahnaz Parakand

Am 28. Juni fand eine Sondersitzung der Iran-Delegation statt. Anlass war der Besuch der iranischen Menschenrechtsanwältin Mahnaz Parakand. Sie hat in der Vergangenheit die Anwältin Nasrin Sotoudeh sowie die sieben führenden Vertreter der religiösen Minderheit der Bahá'í verteidigt. Aus Angst vor Repressalien floh sie kürzlich nach Norwegen, von wo aus sie durch Europa reisen möchte, um über die schwierige Lage im Iran zu berichten.

Im Parlament sprach sie vor allem über die sieben Bahá'í und die schwierigen Umständen, unter denen sie als Anwältin hatte arbeiten müssen: kein Kontakt zu den Mandanten, keine Einsicht in die Verfahrensdokumente, schlechte Informationslage, unangekündigte Änderungen des Prozessverlaufs usw. Wer Genaueres erfahren möchte, kann ihre Rede in der Mediathek des Europäischen Parlaments anhören: <http://www.europarl.europa.eu/wps-europarl-internet/frd/vod/player?eventCode=20110628-0830-SPECIAL&language=en&byLeftMenu=researchotherevents&category=SPECIAL&format=wmv#anchor1>.

Menschenrechtsausschuss befasst sich mit Rechten für LSBTI

Am 30. Juni referierten Vertreter verschiedener NGOs, die sich für einen besseren Schutz vor Diskriminierung für Lesben, Schwule, Bisexuelle sowie Trans- und Intergender- Personen (LSBTI) engagieren, vor dem Menschenrechtsausschuss über die Menschenrechtslage und die Entwicklungen im Kampf gegen deren Diskriminierung. Wir dürfen diese Gruppe im Einsatz für die Menschenrechte nicht außer Acht lassen. LSBTI werden in vielen Ländern verfolgt, oft drohen ihnen harte Bestrafungen, in manchen Ländern sogar die Todesstrafe. Gemeinsam mit den AktivistInnen und VertreterInnen der Kommission konnten wir in einer konstruktiven Debatte Vorschläge über weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Situation austauschen. Mehr zu dieser Ausschusssitzung unter: <http://www.barbara-lochbihler.de/menschenrechte/droi-beschaefigt-sich-mit-rechten-fuer-lsbti.html>

Dick Marty vom EU-Rat spricht über geheime CIA-Transporte und Straffreiheit

Das Europaratsmitglied Dick Marty hat am 7. Juli 2011 im Unterausschuss für Menschenrechte ein Fazit seiner Berichten über geheime CIA-Gefangenentransporte über Europa dargelegt. Zudem sprach er über die Menschenrechtslage im Kosovo und im Kaukasus. In allen von ihm untersuchten Fällen besteht ein massives Problem der Straffreiheit und es kommt gehäuft zu

Aktivitäten, die nicht mit den Grund- und Menschenrechten demokratischer Staaten vereinbar sind.

Zudem wird nach seinen Schilderungen das Folterverbot in allen untersuchten Staaten und von involvierten Akteuren relativiert. Die Geheimdienste würden unzureichend überwacht und der Begriff des "Staatsgeheimnisses" in vielen Fällen dazu missbraucht, Informationen gegenüber untersuchenden Organen und der Öffentlichkeit prinzipiell vorzuenthalten. Zusätzlich zu dieser besorgniserregenden Intransparenz stellt Marty in Europa eine allgemeine Entwicklung fest, nach der die Exekutive gegenüber der Judikative und der Legislative zunehmend an Macht gewinnt. Das daraus entstehende Ungleichgewicht in der Gewaltenteilung stelle ein enormes Problem für die Demokratie dar.

Homepage von Dick Marty: www.dickmarty.ch

Frauenrechtsaktivistinnen berichten über Menschenrechte in Krisengebieten

Am 30. Juni hatte der Menschenrechtsausschuss des Europäischen Parlaments Mitglieder von Frauenrechtsorganisationen aus Liberia, Afghanistan und der DR Kongo zu Gast. Die Frauen berichteten über die besorgniserregende Menschenrechtssituation der weiblichen Bevölkerung in den Regionen. So werden jährlich tausende Frauen Opfer sexueller Gewalt (alleine in der DR Kongo im Durchschnitt ca. 1100 jeden Tag). Eine Bestrafung der Täter erscheint angesichts des desolaten Zustandes der Behörden allzu oft als utopisch. Der Schutz und die Betreuung der Opfer müssen dringend verbessert werden.

Um das Thema in einer kleineren Runde weiter vertiefen zu können, hatte die Heinrich-Böll-Stiftung für den Nachmittag ein Treffen mit der Hilfsorganisation Medica Mondiale, den Aktivistinnen selbst und einer Vertreterin des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EEAD) organisiert. Dabei konnten wir auf die spezifischen Hindernisse im Kampf für einen besseren Schutz der Frauen vor Gewalt genauer eingehen und Vorschläge diskutieren, wie diese absolut unakzeptable Situation verbessert werden könnte.

Den ausführlichen Bericht zu unserem Treffen gibt es hier: <http://www.barbara-lochbihler.de/un-resolution-1325/liberia-demokratische-republik-kongo-afghanistan-der-kampf-fuer-frauenrechte.html>



Foto: Britta Marschke

EU-Fördermittel-Veranstaltung im Berliner Abgeordnetenhaus

Rund 100 Menschen beteiligten sich am 24. Juni im Berliner Abgeordnetenhaus an einer Veranstaltung über EU-Förderprogramme, die ich gemeinsam mit der Berliner GRÜNEN-Abgeordneten Canan Bayram sowie Christoph Siegers von Euentures ausgerichtet habe.

Besuch im Behandlungszentrum für Folteropfer

Gemeinsam mit Christoph Siegers von Euentures besuchte ich am 24. Juni in Berlin das Behandlungszentrum für Folteropfer (bzfo). Mit der Geschäftsführerin Mercedes Hillen besichtigten wir u.a. die Bibliothek, die deutschlandweit einzigartig ist und eine Fülle von Publikationen für Interessierte, Ärzte, Journalisten, Schüler und Studenten bereithält. In anschließenden Gesprächen ging es um die internationalen Aktivitäten des bzfo, das zum Beispiel im Irak mehrere Zentren unterhält und nun versucht, Einrichtungen in Ägypten und den Nachbarländern aufzubauen. Gedacht ist etwa an ein Rehabilitationszentrum.

Weitere Infos über das bzfo:

<http://www.bzfo.de/angebote/angueberbl.html>

Menschenrechtsaktivisten besuchen Straßburger Parlament

In der ersten Juliwoche (7. und 8.7.) reiste eine Gruppe von Menschenrechtsaktivisten auf meine Initiative hin ins Straßburger Parlament. Nach einem gemeinsamen Treffen, in dem ich über meine Arbeit im Menschenrechtsausschuss berichtete, nahmen die Angereisten an der Plenardebatte teil. Wie immer am Donnerstag wurden dort Dringlichkeitsanträge zu Menschenrechtsfragen

verhandelt, so u.a. die Situation im Kivu/Kongo. Auch ein Essen in der Parlamentarischen Gesellschaft, ein Besuch des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte und ein Vortrag von Prof. Karagiannis von der Universität Straßburg über die EU-Grundrechtecharta standen auf dem Programm.

Wir verabschieden uns nun in die Sommerferien. Ab dem 29. August ist mein Büro wieder für Sie da. Eine schöne Sommerzeit wünscht

Barbara Lochbihler



Kontakt:

Barbara Lochbihler,
MEP

Büro Brüssel:
Europaparlament
ASP 08H156
Rue Wiertz 60
B-1047 Brüssel
T: 0032 2 28 45392
barbara.lochbihler@-
europarl.europa.eu
www.barbara-
lochbihler.eu

Regionalbüro Bayern:
Ludwig Str. 38
87600 Kaufbeuren
T: 0049 89 43 59 79
07
wk-lochbihler@-
gruene-europa.de

Büro Berlin:
Unter den Linden 50
10117 Berlin
T: 0049 171 74 70
201
eu-presse-
lochbihler@gruene-
europa.de